



Geschäftsführung Rat

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 05.12.2016

Niederschrift

über die **25. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem **17.11.2016**, 15:30 Uhr bis 22:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausning, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nessler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Engel, Petra; Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Rau, Harald Beigeordneter Dr.; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Steinkamp, Dieter Dr.;

Stenografen

Klemann; Rörtgen

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Gordes, Birgit; Kaske, Sven; Rottmann, Hendrik; Unna, Ralf Dr.; Welter, Thomas; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Thiele, Markus Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Fenske, Jürgen;

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder und die Zuschauer im Internet. Sie begrüßt insbesondere Herrn Stadtdirektor Kahlen zu seiner letzten Rats-sitzung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass sich die bisherige Ratsgruppe „Deine Freunde“ umbenannt hat in „Gute Wählergruppe Köln“.

- I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler Ratsmitglied Struwe, Ratsmitglied Dresler-Graf und Ratsmitglied Brust vor.
Der Rat ist hiermit einverstanden.
- II. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt: alle Parkplätze im öffentlichen Raum werden abgeschafft"
AN/1898/2016

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln"
AN/1794/2016
Antwort der Verwaltung
3870/2016

- 4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Erweiterung des RheinEnergie-Sportparks in Köln-Sülz"
AN/1894/2016

- 10 Allgemeine Vorlagen

- 10.34 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo e.V., hier: Vertragsunterzeichnung Projekt "Reorganisation der Abfallwirtschaft in Corinto und El Realejo"
3310/2016

- 17 Wahlen

- 17.7 Neubesetzung von Aufsichtsräten
hier: Mitglied in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
2701/2016

- 17.8 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)
3545/2016

- 23. Grundstücksangelegenheiten

- 23.10 Sanierungsgebiet Südliche Innenstadt-Erweiterung / Parkstadt Süd
3709/2016

24 Allgemeine Vorlagen

24.6 RheinEnergie AG

hier: Mittelbare Beteiligung der Stadt Köln über die rhenag Rheinische Energie AG bzw. Rhein-Sieg Netz GmbH an der Stadtwerke Siegburg GmbH & Co. KG und der Stadtwerke Siegburg VerwaltungsgmbH
3573/2016

Absetzungen

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.2 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO)
3152/2016

10 Allgemeine Vorlagen

10.9 KölnBäder GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1378/2016

10.10 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung 1 zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielewerkstatt e.V. ab 2018
1969/2016

10.11 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH- Änderung des Gesellschaftsvertrages
2040/2016

10.12 Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrages
2047/2016

10.18 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015

10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Ent-

sorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung
3418/2016

10.29 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016

10.31 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV P+R-Palette im Zuge der 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
hier: Erweiterter Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV des Hj. 2016 bei der Finanzstelle 6902-1202-2-5102, P&R-Anlage im Zuge der N/S-Stadtbahn 3. BA
2384/2016

23. Grundstücksangelegenheiten

23.2 Grundstücksverkauf Rondorf Nordwest in Köln-Rondorf sowie Verkauf eines Miteigentumsanteiles
2803/2016

23.6 Grundstück Zusestraße/Lise-Meitner-Ring/Ottostraße
1762/2016/2

24 Allgemeine Vorlagen

24.1 Potentialanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Krematorium der Stadt Köln: Gutachten – Ergebnisse
2727/2016

24.4 Umsetzung STEK Wohnen - neue Flächen für den Wohnungsbau

III. In folgenden Angelegenheit wird von Fraktionen Beratungsbedarf angemeldet:

Ratsmitglied Struwe meldet für die SPD-Fraktion zu TOP 23.8 Beratungsbedarf an. Es sieht einen Zusammenhang mit der in dieser Sitzung zurückgestellten Vorlage unter TOP 23.2 n.ö.T. „Grundstücksverkauf Rondorf Nordwest in Köln-Rondorf sowie Verkauf eines Miteigentumsanteiles“; 2803/2016.

Ratsmitglied Frank und Ratsmitglied Sterck sprechen sich gegen eine Vertagung aus. Ratsmitglied Frank sieht keinen inhaltlichen oder räumlichen Zusammenhang zwischen den beiden Vorlagen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Zurückstellung der Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei der Gruppen Piraten und Gute Wählergruppe Köln (GUT) **abgelehnt**.

- IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung vor, TOP 10.20 „Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2014“, 3278/2016 zu Beginn der Tagesordnung, noch vor der aktuellen Stunde zu beraten, damit der Beschluss und die Vorlage unverzüglich an die Bezirksregierung weitergeleitet werden könne. Danach wird die aktuelle Stunde durchgeführt und anschließend Herrn Stadtdirektors Kahlen die Gelegenheit gegeben, seine Abschiedsrede zu halten. Weiterhin schlägt sie vor, dass die Punkte TOP 3.1.3 „Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Schulbau neu organisieren und priorisieren – von anderen Kommunen lernen", AN/1826/2016 und TOP 4.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses „Stärkung der Gebäudewirtschaft“, AN/1530/2016 gemeinsam unter TOP 3.1.3 behandeln werden.

Die Anwesenden sind mit diesem Verfahren einverstanden.

- V. Im Übrigen stimmt der Rat der so geänderten Tagesordnung einvernehmlich zu:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt: alle Parkplätze im öffentlichen Raum werden abgeschafft"
AN/1898/2016
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kommunale Beschäftigungsförderung"
AN/1831/2016

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1899/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1905/2016
- 3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!"
AN/1811/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1902/2016
- 3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Schulbau neu organisieren und priorisieren – von anderen Kommunen lernen"
AN/1826/2016

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend "Köln und Düsseldorf setzen sich gemeinsam für wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein"
AN/1827/2016

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen"
Aufwertung des öffentlichen Raums ohne Ausgrenzung"
AN/1829/2016

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Transparenz bei Beauftragungen externer Gutachten"
AN/0846/2016

Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3764/2016

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses „Stärkung der Gebäudewirtschaft“
AN/1530/2016

Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3800/2016

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sozialer Wohnungsbau in Köln"
AN/1792/2016

Antwort der Verwaltung vom 16.11.2016
3834/2016

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Schutz der Ordnungskräfte"
AN/1794/2016

Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3900/2016

4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Tätigkeitsberichte des Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln"
AN/1881/2016

Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3870/2016

- 4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Erweiterung des RheinEnergie-Sportparks in Köln-Sülz"
AN/1894/2016

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

- 6.1 Satzungen
- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2017 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.
2297/2016

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Gute Wählergruppe Köln
AN/1904/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1907/2016

- 6.3.2 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO)
3152/2016
(zurückgezogen)

- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
 - 6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
2665/2016
- 7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2016 und Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015 in analoger Anwendung.**
3328/2016
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen**
 - 8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen - für eine Ausweitung der Fachberatung im Bereich sexualisierte Gewalt; Haushaltsjahr 2017
2711/2016
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
 - 10.1 Wirtschaftsplan 2016 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0488/2016
 - 10.2 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7. hier: Kostenerhöhung
1619/2016
 - 10.3 Straßenbaulastwechsel L92 Kapellenstr. im Bereich Rondorf
2249/2016
 - 10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2357/2016
 - 10.5 Personalgestellung für die Überwachung der Tunnel Grenzstraße/Kalk und Am Domhof
2405/2016

- 10.6 Umgestaltung des Chlodwigplatzes, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung 3176/2016
- 10.7 Sportanlage Friedrich-Karl-Str., Köln-Nippes
Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld
3271/2016
- 10.8 Sportanlage Thurner Kamp, Platz 1 in Köln-Dellbrück
hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenplatzes in ein Kunstrasenspielfeld und Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes
3325/2016
- 10.9 KölnBäder GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1378/2016
(zurückgezogen)
- 10.10 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung 1 zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielewerkstatt e.V. ab 2018
1969/2016
(zurückgezogen)
- 10.11 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH- Änderung des Gesellschaftsvertrages
2040/2016
(zurückgezogen)
- 10.12 Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrages
2047/2016
(zurückgezogen)
- 10.13 Bedarfsgerechter Ausbau Streetwork
2697/2016
- 10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2015 der Beihilfekasse
3030/2016
- 10.15 Verteilung der Verstärkungsmittel für die Institutionelle Förderung der freien Kunstszene ab dem Haushaltsjahr 2017
3379/2016

- 10.16 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016
- 10.17 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln hier: Urbacher Weg, 51145 Köln
0305/2016
- 10.18 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
(zurückgezogen)
- 10.19 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler)
2352/2016
- 10.20 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum 31.12.2014
3278/2016
- 10.21 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
2395/2016
- 10.22 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss
3114/2016
- Änderungsantrag AK 2 - Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement (Vorsitzender und Mitglieder des Integrationsrates)
AN/1774/2016
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1885/2016
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1910/2016
- 10.23 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2016
3283/2016

- 10.24 Einrichtung von sieben Mehrstellen und eines Stellenpools für die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen der Bühnen Köln bei 46/8 - Technische Betriebsleitung evtl. noch benötigten Fachkräfte, jeweils befristet für die Dauer der Sanierungsmaßnahmen
3070/2016
- 10.25 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen
3218/2016
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1900/2016
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1901/2016
- 10.26 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke
3285/2016
- 10.27 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung
2317/2016
- 10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3418/2016
(zurückgezogen)
- 10.29 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016
(zurückgezogen)
- 10.30 Butzweilerhof GmbH & Co. KG, hier: Übertragung von Geschäftsanteilen der msk-colonia Projektentwicklungsgesellschaft mbH auf die modernes köln Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH
3208/2016
- 10.31 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV P+R-Palette im Zuge der 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
hier: Erweiterter Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn,

ÖPNV des Hj. 2016 bei der Finanzstelle 6902-1202-2-5102, P&R-Anlage im
Zuge der N/S-Stadtbahn 3. BA
2384/2016
(zurückgezogen)

10.32 Eingruppierung des Beigeordneten Dr. Stephan Keller
hier: Korrektur des Ratsbeschlusses vom 22.09.2016
3643/2016

10.33 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2017
3419/2016

10.34 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo e.V., hier: Vertrags-
unterzeichnung Projekt "Reorganisation der Abfallwirtschaft in Corinto und El
Realejo"
3310/2016

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 212. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-
Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof Ehrenfeld in Köln-Ehrenfeld
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbe-
schluss
3110/2016

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan-Entwurf 62430/03
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
3260/2015

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan 66380/02
Arbeitstitel: Kapellenstraße in Köln-Rondorf
2904/2016

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini- enplänen

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8109
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Rudolfplatz in Köln-Altstadt/Süd und -Neustadt/Süd
3100/2016

13.2 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6650 Sd/03 (67500/03)
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl
3197/2016

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2574/2016

17 Wahlen

17.1 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses
AN/1658/2016

17.2 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
hier: Ernennung von Beiratsmitgliedern für den Veedelsbeirat Lindweiler
3011/2016

17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung
hier: Mitglied für den Jugendhilfeausschuss
AN/1784/2016

Stellungnahme der Verwaltung
3858/2016

17.4 Neubesetzung von Aufsichtsräten
hier: Aufsichtsrat der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik
gGmbH
3523/2016

17.5 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3019/2016

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neubesetzung der ausländerechtlichen Beratungskommission
AN/1832/2016

- 17.7 Neubesetzung von Aufsichtsräten
hier: Mitglied in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
2701/2016
- 17.8 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe-Köln
gGmbH (SBK)
3545/2016
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1
Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver-
tretungen**
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-
vertretungen**
- 23 Grundstücksangelegenheiten**
- 23.1 Änderung des Erbbaurechtsvertrages
2505/2016
- 23.2 Grundstücksverkauf Rondorf Nordwest in Köln-Rondorf sowie Verkauf eines
Miteigentumsanteiles
2803/2016
(zurückgezogen)
- 23.3 Bestellung eines Erbbaurechtes in Köln-Porz-Eil, Schubertstraße
3092/2016
- 23.4 vorzeitige Verlängerung eines langjährigen Mietvertrages
3290/2016
- 23.5 Verlängerung eines langjährigen Mietvertrages
3299/2016
- 23.6 Grundstück Zusestraße/Lise-Meitner-Ring/Ottostraße
1762/2016/2
(zurückgezogen)

23.7 Verlängerung des Mietvertrages über das städtische Grundstück Heinrich-Lübke-Ufer, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 84, aus Flurstück Nr. 3046
2410/2016

23.8 Erbbaurecht Kapellenstraße in Köln-Rondorf
2712/2016

23.9 Erbbaurecht Dürener Straße 287 in Köln Lindenthal
3288/2016

23.10 Sanierungsgebiet Südliche Innenstadt-Erweiterung / Parkstadt Süd
3709/2016

24 Allgemeine Vorlagen

24.1 Potentialanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Krematorium der Stadt Köln: Gutachten - Ergebnisse
2727/2016
(zurückgezogen)

24.2 Bildung einer Einigungsstelle gemäß § 67 Abs. 1 LPVG NW
3199/2016

24.3 Bedarfsfeststellung zu einem neuen Rahmenvertrag über Mobilfunkleistungen ab dem Jahr 2017
2633/2016

24.4 Umsetzung STEK Wohnen - neue Flächen für den Wohnungsbau
(zurückgezogen)

24.5 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) hier: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens
3254/2016

24.6 RheinEnergie AG
3573/2016

25 Wahlen

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 **Antrag der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt: alle Parkplätze im öffentlichen Raum werden abgeschafft"**
AN/1898/2016

Nach Abschluss der Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Angelegenheit als erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die Verwaltung die Angelegenheit in eigener Befugnis prüfen werde.

2 **Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 **Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

3.1 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1.1 **Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kommunale Beschäftigungsförderung"** **AN/1831/2016**

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1899/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1905/2016

I. **Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.:**

Der Beschlusstext soll wie folgt ergänzt werden:

I. Unter Beschlussziffer I:

Spiegelstrich 3 „ Berufliche Qualifizierung für Arbeitslose mit Hilfe des arbeitsmarktpolitischen Instruments „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH)“ wird gestrichen und ersetzt durch folgenden Text:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung kurzfristig, mit dem Job-Center und der Agentur für Arbeit, u.a. ESF-Fördermittel zu nutzen (75% Fördermittel über drei Jahre bei garantierter Weiterbeschäftigung danach), um bis zu 200 Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtig und zu tariflichen Arbeitsbedingungen anzustellen und zu qualifizieren.“

II. Beschlussziffer II wird folgendermaßen geändert:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine ~~ämter~~ „*verwaltungs*“ übergreifende Projektgruppe „Beschäftigungsförderung“ einzurichten, in der verwaltungsseitig die Bereiche Wirtschaftsförderung, Soziales und Weiterbildung zusammenarbeiten, um konzeptionell kommunale Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zu erarbeiten und sowie das Monitoring zu betreiben. Dazu ist auch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Akteuren am Arbeitsmarkt sowie den Beschäftigungsträgern zu gewährleisten. Zudem sind Maßnahmenprogramme und Erfahrungen anderer bundesdeutscher Städte näher zu analysieren. Den Ausschüssen Soziales und Senioren sowie Wirtschaft wird periodisch berichtet.

Ebenfalls in der Projektgruppe sollen der Geschäftsführer der KGAB, das Job-Center, die Agentur für Arbeit und, um die demokratische Legitimation des Gremiums zu unterstreichen, die stimmberechtigten Fraktionen des Ausschusses für Soziales und Senioren vertreten sein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Guten Wählergruppe Köln (GUT) **abgelehnt**.

II. **Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:**

In Zeile 6 des Ursprungsantrag wird eingefügt "... bei der Kommune, bei freien Trägern und **Unternehmen**..."

Unter Punkt II. soll nach dem ersten Satz eingefügt werden: "In regelmäßigen zeitlichen Abständen erfolgt nach festgelegten Kriterien eine Wirksamkeitskontrolle der Beschäftigungsmaßnahmen. Das Ergebnis dieser Kontrolle entscheidet, ob die Projekte weitergeführt werden oder nicht. Die Ergebnisse dieser Wirksamkeitskontrolle werden dem Fachausschuss jährlich als Grundlage für die weitere Entscheidungsfindung vorgelegt."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, AfD und der Gruppe Piraten sowie der Gute Wählergruppe (GUT) **zugestimmt**.

III. **Beschluss über den Ursprungsantrag, erweitert um den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und mit der mündlichen Ergänzung von Ratsmitglied Klausling:**

I.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, kurzfristig ein Maßnahmenprogramm mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose in Kooperation mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Köln aufzustellen und einen Umsetzungsvorschlag im 1. Quartal 2017 den zuständigen Ratsausschüssen vorzulegen. Für die kommunalen Beschäftigungsfördermaßnahmen sind u.a. folgende Handlungsfelder zu berücksichtigen:

- Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Kommune und bei freien Trägern *und Unternehmen* als Alternative zum dauerhaften Leistungsbezug, Gewährung von begleitenden Hilfen, die für die Stabilisierung der Beschäftigung erforderlich sind.
- Kommunale Unterstützung zur Verbesserung der Eingliederung Langzeitarbeitsloser in Arbeit mit Hilfe von Förderprogrammen, wie z.B. Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) u.ä.
- Berufliche Qualifizierung für Arbeitslose mit Hilfe des arbeitsmarktpolitischen Instruments „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH).
- *Prüfung der Einbeziehung von ESF-Fördermitteln zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen*

II.

Die Verwaltung wird gebeten, eine ämterübergreifende Projektgruppe „Beschäftigungsförderung“ einzurichten, in der verwaltungsseitig die Bereiche Wirtschaftsförderung, Soziales und Weiterbildung zusammenarbeiten, um konzeptionell kommunale Beschäftigungsfördermaßnahmen zu erarbeiten und sowie das Monitoring zu betreiben. *In regelmäßigen zeitlichen Abständen erfolgt nach festgelegten Kriterien eine Wirksamkeitskontrolle der Beschäftigungsmaßnahmen. Das Ergebnis dieser Kontrolle entscheidet, ob die Projekte weitergeführt werden oder nicht. Die Ergebnisse dieser Wirksamkeitskontrolle werden dem Fachausschuss jährlich als Grundlage für die weitere Entscheidungsfindung vorgelegt.*

Dazu ist auch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Akteuren am Arbeitsmarkt sowie den Beschäftigungsträgern zu gewährleisten. Zudem sind Maßnahmenprogramme und Erfahrungen anderer bundesdeutscher Städte näher zu analysieren. Den Ausschüssen Soziales und Senioren sowie Wirtschaft wird periodisch berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. Bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln **zugestimmt**.

Anmerkung:

Die Ergänzung des vierten Spiegelstrichs unter Ziffer I des Antrages geht auf einen mündlichen Änderungsantrag von Ratsmitglied Klausling zurück.

**3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!"
AN/1811/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1902/2016**

I. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln):

1. Der Rat beschließt, sowohl für das „Verdachtsgebiet Severinsviertel“ als auch für das „Verdachtsgebiet Mülheim (Teilbereiche)“ (Gebietsabgrenzungen s. Anlagen) jeweils soziale Erhaltungssatzungen gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, jeweils die für den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen notwendigen Untersuchungen in den Verdachtsgebieten durchzuführen, falls notwendig unter Einbeziehung externen Sachverständs (z.B. Hochschule, TH oder Forschungsinstitute). Dem Rat, den zuständigen Fachausschüssen und den jeweiligen Bezirksvertretungen sind die Untersuchungsergebnisse zusammen mit dem Vorschlag der Verwaltung betr. den Erlass einer sozialen Erhaltungssatzung für das jeweilige Verdachtsgebiet vorzulegen.
2. Auch über die unter Ziff. 1. genannten Gebiete hinaus spricht sich der Rat für einen umfassenden Milieuschutz in Köln aus. Die Verwaltung wird daher beauftragt, im Rahmen eines kontinuierlichen Monitorings Voruntersuchungen zur Identifikation weiterer Verdachtsgebiete mit möglichem Handlungsbedarf durchzuführen.
Als weiterer Indikator für eine Verdrängung soll dabei die Entwicklung der wohngeldbewilligten Haushalte betrachtet werden.
3. Der Aufwertungsdruck in Köln steigt zusehends, auch in Vierteln, die bereits jetzt von Gentrifizierung betroffen sind. Daher sind insbesondere folgende Stadtteile und -viertel in das Monitoring aufzunehmen:
 - Kalk inkl. Humboldt/Gremberg,
 - Deutz,
 - Pantaleons-Viertel,
 - Rathenau-Viertel,
 - Stadtgarten-Viertel,
 - Eigelstein-Viertel,
 - Georgs-Viertel,
 - Griechenmarkt-Viertel,
 - Mauritius-Viertel,
 - Ehrenfeld,
 - Nippes,
 - Zollstock.

Diese Auflistung der v.g. Stadtteile und -viertel ist als beispielhaft und keinesfalls als abschließend zu verstehen.

4. Dem Stadtentwicklungsausschuss ist regelmäßig, jedoch mindestens einmal jährlich, über das kontinuierliche Monitoring gemäß Ziff. 2 Bericht zu erstatten. Bei möglichem Handlungsbedarf ist dem Rat für das betreffende Verdachtsgebiet unverzüglich ein Beschluss zur Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung vorzulegen und die weiteren notwendigen Verfahrensschritte zum Satzungserlass einzuleiten.
5. Das notwendige Personal zur Umsetzung des Beschlusses ist seitens der Verwaltung sicherzustellen, ggf. im Vorgriff auf den Stellenplan 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Linke., der Gruppe Piraten und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Enthaltung der Guten Wählergruppe Köln (GUT) und der Gruppe pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der Rat beschließt für das „Verdachtsgebiet Severinsviertel“ eine Milieuschutzsatzung gemäß § 172 Abs.1 Satz 1 2 BauGB aufzustellen und der Bezirksvertretung sowie den zuständigen Ratsgremien vorzulegen. Daher soll nun eine sozialräumliche Vertiefung erfolgen, um auf dieser Grundlage einen Satzungsbeschluss zu fassen.
2. Analog wird ein Verfahren zur Satzungsaufstellung zum Verdachtsgebiet ‚Mülheim‘ eingeleitet. Die genaue räumliche Abgrenzung des Verdachtsgebiets Mülheim ist so zu wählen, dass die durch „Mülheim 2020“ angestoßenen Entwicklungen fortgeführt werden können. Der Bezirksvertretung sowie den zuständigen Ratsgremien sind die Analysen und Ergebnisse vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erstmals 2015 durchgeführte stadtweite Voruntersuchung im Rahmen einer Dauerbeobachtung periodisch durchzuführen. Das Merkmal ‚wohngeldbewilligte Haushalte‘ wird dabei in die Dauerbeobachtung aufgenommen. Dem Stadtentwicklungsausschuss sind diese stadtweiten Voruntersuchungen jährlich darzustellen.
4. Die notwendigen Ressourcen zur Aufstellung von Milieuschutzsatzungen sind den zuständigen Ratsgremien darzustellen und in der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.
5. Zur Anwendung der Satzung soll jährlich den zuständigen Ratsgremien berichtet werden. Fünf Jahre nach Inkrafttreten der Satzungen sind diese, insbesondere unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten, zu evaluieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und FDP sowie bei Enthaltung der Gruppe pro Köln **zugestimmt**.

Anmerkung:

Zwischen den Antragstellern bestand Einvernehmen über die Abstimmungsreihenfolge.

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Schulbau neu organisieren und priorisieren – von anderen Kommunen lernen" AN/1826/2016

I. Verweisungsantrag von Ratsmitglied Kockerbeck

Ratsmitglied Kockerbeck beantragt eine Verweisung des Antrages in die Fachausschüsse (Bauausschuss, Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Schulausschuss).

Abstimmungsergebnis zum Verweisungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und die Gruppe Piraten sowie bei Stimmenthaltung der Guten Wählergruppe Köln (GUT) und von RM Wortmann **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, kurzfristig darzustellen, wie sie die Pflichtaufgabe „Schulbau“ als Sonderaufgabe im Baubereich aus den derzeitigen Verwaltungsabläufen der Gebäudewirtschaft herauslösen will, um ihm damit eine besondere Schwerpunktsetzung und Priorisierung zu verleihen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, bis zum 1. Quartal 2017 mögliche Organisationsmodelle zur Umsetzung dieses Ziels abzuwägen und dem Rat einen Vorschlag vorzulegen. Erfahrungen aus anderen Großstädten sind dabei zu berücksichtigen und zu bewerten.
3. Für diese neue Einheit „Schulbau“ sind die Verwaltungsabläufe in gesonderten Geschäftsprozessen darzustellen, so dass an den Schnittstellen zu den in der Verwaltung zu beteiligenden Ämtern und Dienststellen ebenfalls eine Priorisierung gegenüber anderen Projekten ermöglicht wird.
4. Zudem sind für diese Organisationseinheit Rahmenbedingungen zu schaffen, um attraktiv für die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

Anmerkung:

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 4.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses „Stärkung der Gebäudewirtschaft““ behandelt.

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend "Köln und Düsseldorf setzen sich gemeinsam für wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein"
AN/1827/2016**

Gemäß Verweisungsantrag von Ratsmitglied Strahl beschließt der Rat den Antrag, der da lautet:

- 1. Nach dem Vorbild der Stadt Düsseldorf soll das Kölner Gesundheitsamt eine Genehmigung für eine wissenschaftliche Studie beim Bundesinstitut für Arzneimittel (BfArM) beantragen, in der registrierte Teilnehmer Cannabis legal erwerben können. Im Rahmen dieser Studie soll erforscht werden, welche Konsequenzen eine legale Abgabe von Cannabis für Konsumenten, die Stadt Köln und die Stadtgesellschaft hätte.*
- 2. Dieser Antrag soll in enger Absprache mit den Düsseldorfer Fachbereichen entstehen. Das Kölner Gesundheitsamt soll sich dazu kurzfristig ein Bild vom Prozess in Düsseldorf machen und sich um einen engen Austausch mit den dortigen Beteiligten bemühen. Im Weiteren sollte auf interkommunaler Ebene geprüft werden, ob ein gemeinsamer Antrag für wissenschaftliche Studien in beiden Städten mehr Erfolgsaussichten hätte.*
- 3. Für die erfolgreiche Antragsausarbeitung soll eine Arbeitsgruppe – angelehnt an die sogenannte „AG-Cannabis“ des Düsseldorfer Gesundheitsamts – ins Leben gerufen werden, die spätestens im 2. Quartal 2017 eine „Fachtagung Cannabis“ im Kölner Rathaus organisiert und durchführt. Auf der Tagung soll gemeinsam mit Experten (Suchthilfeträgern, Initiativen, Vereine (z.B. LEAP), Kriminologen, Drogenexperten, BDK, Fachpolitiker usw.) unter anderem eine Strategie für ein wissenschaftliches Kölner Modellprojekt zur Cannabis-Abgabe entwickelt werden. Über die Ergebnisse sollen die zuständigen Fachgremien und der Rat der Stadt entsprechend informiert werden.*

zur weiteren Beratung in den Gesundheitsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Piraten und Gute Wählergruppe Köln (GUT) **zugestimmt.**

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen"
Aufwertung des öffentlichen Raums ohne Ausgrenzung"
AN/1829/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, kurz- und mittelfristig das Personal im Ordnungsdienstbereich soweit - mindestens aber um 100 Mitarbeiter/innen - aufzustocken, dass die Neuausrichtung und Ausweitung des städtischen Ordnungskonzepts auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Umsetzungsdefizite beim Vollzug der (novellierten) Kölner Stadtordnung sind zu vermeiden bzw. müssen

abgebaut werden. Das Engagement des städtischen Ordnungsdienstes darf sich nicht aufgrund von Personalengpässen auf den Innenstadtbereich oder bestimmte Einzelthemen beschränken.

2. Die Verwaltung intensiviert flankierend ihre Bemühungen zur Besetzung der zusätzlichen 100 Ordnungskräfte auf Grundlage der Ratsbeschlüsse vom 23.06.2015 und vom 15.03.2016. Hierbei sind neue und aktive Wege der Bewerberansprache in den Blick zu nehmen. Die Auswahlkriterien für die Stellenbesetzung im Ordnungsdienst sind mit Blick auf die tatsächlichen Anforderungen auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen. Zudem ist zu prüfen, ob einzelne fehlende Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber bei sonstiger Eignung nicht auch im Laufe des Beschäftigungsverhältnisses erworben werden können (z.B. Führerschein).
3. Die Verwaltung wird beauftragt vor dem Hintergrund der personellen Aufstockung unverzüglich eine angemessene, sachgerechte räumliche Unterbringung und funktionale Ausstattung der Räumlichkeiten für den Ordnungsdienst sicherzustellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialstrukturen, Bedürfnisse und Problemlagen in den einzelnen Bezirken die Strukturen und die Präsenz des Ordnungsdienstes unmittelbar in den Veedeln zu stärken sowie bezirkliche Ordnungspartnerschaften auf- und auszubauen,
5. Die Verwaltung wird beauftragt das Schulungs- und Qualifizierungsangebot – insbesondere der Außendienstmitarbeiter (Ermittler) – zu evaluieren und auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Es ist sicherzustellen, dass die Beschäftigten im Ordnungsdienst regelmäßig an fachspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen können. Gleiches gilt für Mitglieder des Ordnungsamtes in Planungs- und Krisenstäben. Sicherzustellen ist eine den aktuellen Erfordernissen sowie dem Stand der Technik entsprechende Ausrüstung der Außendienstmitarbeiter (z.B. Fuhrpark, Lärmmessgeräte, Funk, Stich- bzw. Schusssichere Westen für gemeinsame Einsätze mit der Polizei, sonstige Ausrüstung zur Eigensicherung).
6. Die Verwaltung wird beauftragt ein integriertes Handlungskonzept für mehr Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und soziale Hilfsangebote in Köln zu entwickeln. Nicht alle Probleme im öffentlichen Raum lassen sich mit den Mitteln des Ordnungsrechts lösen. Angefangen bei der Sauberkeit bis hin zur aufsuchenden Hilfe im sozialen Bereich. Deshalb sollen die relevanten Institutionen und Träger (Bundes- und Landespolizei, Ordnungsamt, Feuerwehr, AWB, Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Rettungs- und Sanitätsdienste etc.) einbezogen sowie bereits bestehende oder in Erstellung befindliche Einzelkonzepte eingearbeitet werden. Ziel ist es die Situation nicht nur für einzelne Sicherheitsaspekte zu verbessern, sondern flächendeckend und unterjährig eine Verbesserung der Situation insgesamt in Köln zu erreichen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob und in welchem Umfang vorhandene Formate (z.B. Ordnungspartnerschaft, Lärmwagen, Citystreife) fortgeführt bzw. ausgebaut werden können (z.B. „Veedelskümmerer“, Sauberes und sicheres Köln).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion **abgelehnt**.

Anmerkung

Kurze Sitzungsunterbrechung nach diesem Tagesordnungspunkt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Transparenz bei Beauftragungen externer Gutachten"
AN/0846/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3764/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses „Stärkung der Gebäudewirtschaft“
AN/1530/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3800/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Anfrage wurde gemeinsam mit TOP 3.1.4 behandelt.

**4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sozialer Wohnungsbau in Köln"
AN/1792/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 16.11.2016
3834/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Schutz der Ordnungskräfte"
AN/1794/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3900/2016**

Eine Teilantwort der Verwaltung liegt vor. Die übrigen Fragen werden bis zur nächsten Sitzung des Rates am 20.12.2016 beantwortet.

**4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Tätigkeitsberichte des Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln"
AN/1881/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 17.11.2016
3870/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Erweiterung des RheinEnergie-Sportparks in Köln-Sülz"
AN/1894/2016**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung **zurückgestellt**.

Anmerkung:

Die Anfrage ist am 16.11.2016 verfristet eingegangen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Zu diesem Punkten liegt nichts vor.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2017 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten. 2297/2016

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Gute Wählergruppe Köln
AN/1904/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1907/2016**

I. **Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:**

Auf Grundlage der Vorschläge aus den Bezirksvertretungen wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Gute Wählergruppe Köln (AN/1904/2016) wie folgt ergänzt:

Folgende Veranstaltungen werden aus den Sonntagsöffnungen herausgenommen:

1. Im Stadtbezirk Ehrenfeld die Veranstaltung am 08.01.2017 im Stadtteil Ossendorf (Ziffer 9)
2. Im Stadtbezirk Porz die Veranstaltungen am 08.01.2017 und am 05.11.2017 im Stadtteil Porz-Eil (Ziff. 15) sowie die Veranstaltungen am 02.04.2017, am 05.11.2017 und am 08.10.2017 im Stadtteil Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach (Ziff. 16)
3. Im Stadtbezirk Kalk die Veranstaltungen am 25.06.2017 in Kalk (Ziff. 17) sowie am 08.10.2017 im Stadtteil Rath/Heumar (Ziff. 18).“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

II. **Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Gute Wählergruppe Köln, der im ersten Absatz mündlich geändert wurde (Anlage 18 statt Anlage 1):**

I.

„Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Er-

lass der in der *Anlage 18* beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten mit Ausnahme der Veranstaltung am 08.10.2017 im Stadtteil Ossendorf (Ziffer 9).“

II.

Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sich in 2017 eine erweiterte „Konsensrunde“ zur Verständigung über die gesetzlich möglichen Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen konstituiert, der die Interessensgemeinschaften des bezirklichen und City-Einzelhandels, die Verwaltung, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Vertretungen der im Wirtschaftsausschuss bzw. AVR stimmberechtigten Fraktionen angehören.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten **zugestimmt**.

III. Beschluss über die aktualisierte Beschlussvorlage (Anlage 18) in der durch den Änderungsantrag modifizierte Fassung (Anlage 18 ohne Ziffer 9):

I.

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der *Anlage 18* beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten mit Ausnahme der Veranstaltung am 08.10.2017 im Stadtteil Ossendorf (Ziffer 9).

II.

Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sich in 2017 eine erweiterte „Konsensrunde“ zur Verständigung über die gesetzlich möglichen Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen konstituiert, der die Interessensgemeinschaften des bezirklichen und City-Einzelhandels, die Verwaltung, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Vertretungen der im Wirtschaftsausschuss bzw. AVR stimmberechtigten Fraktionen angehören.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe Piraten **zugestimmt**.

**6.3.2 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO)
3152/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 2665/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage 1 aufgeführten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2016 und Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015 in analoger Anwendung. 3328/2016

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Vorlage aufgelisteten durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 04.06.2016 bis 24.10.2016 für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen - für eine Ausweitung der Fachberatung im Bereich sexualisierte Gewalt; Haushaltsjahr 2017 2711/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017, für die Fachberatung von Opfern sexualisierter Gewalt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 13.619 € im Jahr 2017.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2017 durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Wirtschaftsplan 2016 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0488/2016

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2016 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2016 erforderlich ist, wird auf EUR 122,62 Mio. festgesetzt.

Zur Vorbereitung des Geschäftsjahres 2016 wird die Betriebsleitung zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen bis EUR 11,85 Mio. ermächtigt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2016 auf EUR 50,0 Mio. festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.2 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7. hier: Kostenerhöhung 1619/2016

Beschluss:

Der Rat stimmt der Erhöhung der städtischen Investitionsauszahlungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe in Köln Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache zu. Gegenüber den festgestellten Gesamtkosten von

2.700.000 € (zuzüglich einer Kostenerstattung durch die Stadtentwässerungsbetriebe Köln in Höhe von 6.828,09 €) beim Weiterplanungs- und Baubeschluss (DS-Nr. 3825/2012) vom 19.03.2013 sind die Baukosten durch verschiedene Probleme im Verlauf der Bauarbeiten um 342.778,54 € € auf 3.049.606,63 € gestiegen.

Zur Finanzierung der Mehrkosten wurden Mittel i.H.v. 400.000 € zum Hpl. 2016/2017 im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Finanzstelle 3701-0212-9-5530, Neubau Rettungswache Dellbrück, zusätzlich veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.3 Straßenbaulastwechsel L92 Kapellenstr. im Bereich Rondorf
2249/2016**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem kostenneutralen Wechsel der Straßenbaulast (gemäß §10 StrWG NRW) auf der Kapellenstr. (L92) in Köln-Rondorf im Bereich zwischen NK 51070220 und NK 51070230 von Station Km 0,000 bis 0,719.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der eigenbetriebs-
ähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
2357/2016**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i. V. m. § 4 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs e.E. der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2014 fest und beschließt den Jahresfehlbetrag von EUR 72.225,40 mit dem vorgetragenen Bilanzgewinn auszugleichen.
2. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.5 Personalgestellung für die Überwachung der Tunnel Grenzstraße/Kalk
und Am Domhof
2405/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Beauftragung des erforderlichen Überwachungspersonals für die Dauer des Betriebs der Tunnelwache im Container an der Solinger Straße zur Überwachung der Tunnel Kalk und Am Domhof fest.

Bis zur Umsetzung organisatorischer und personeller Maßnahmen in Verbindung mit dem Betrieb der dauerhaft einzurichtenden Tunnelleitstelle gemäß den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006) ist die Besetzung der Tunnelwache durch die Beauftragung externer Sicherheits- und Wachdienste sicherzustellen. Der Einsatz von städtischem Personal bis hin zu einer vollständigen Übernahme der Aufgabe wird parallel fortlaufend geprüft.

Der voraussichtliche Aufwand beträgt bei vollständiger externer Aufgabenwahrnehmung 440.000 Euro jährlich. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Beauftragung erfolgt über den Rahmenvertrag der Stadt Köln für Überwachungspersonal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- 10.6 Umgestaltung des Chlodwigplatzes, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
3176/2016**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Chlodwigplatzes“ über insgesamt maximal 441.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr höchstens 1.642.363,07 € statt bisher 1.201.363,07 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- 10.7 Sportanlage Friedrich-Karl-Str., Köln-Nippes
Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld
3271/2016**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Friedrich-Karl-

Straße in Köln-Nippes inkl. der Ausstattung des Großspielfeldes und eines Kleinspielfeldes mit Kunststoffrasenbelag, Trainingsbeleuchtungsanlage, Ballfangzäunen und zwei Fertiggaragen als Materiallager. Für den Schulsport wird die Anlage um eine 100 m Laufbahn, Sprunggrube und eine Kugelstoßanlage ergänzt.

Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme betragen 1.564.000,00 € (incl. Planungskosten in Höhe von 98.000,00 €).

Der Rat beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/ 2017 in Höhe von 1.466.000,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen (Investitionsprogramm Sportstätten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der Guten Wählergruppe Köln (GUT).

10.8 Sportanlage Thurner Kamp, Platz 1 in Köln-Dellbrück hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenplatzes in ein Kunstrasenspielfeld und Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes 3325/2016

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Thurner Kamp in Köln-Dellbrück inkl. der Ausstattung des Großspielfeldes und eines Kleinspielfeldes mit Kunststoffrasenbelag, Trainingsbeleuchtungsanlage, Ballfangzäunen, Errichtung einer PKW-Stellplatzanlage. Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme betragen ca. 1.840.192,10 € (incl. Planungs- und Projektsteuerungskosten in Höhe von 319.967,10 €).

Der Rat beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 in Höhe von 1.726.192,10 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen (Investitionsprogramm Sportstätten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der Guten Wählergruppe Köln (GUT)

10.9 KölnBäder GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 1378/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

10.10 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln

**zur Förderung 1 zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielwerkstatt e.V. ab 2018
1969/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.11 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH- Änderung des Gesellschaftsvertrages
2040/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.12 Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrages
2047/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.13 Bedarfsgerechter Ausbau Streetwork
2697/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage des am 26.04.2016 im Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung vorgelegten „Konzept Streetwork Köln“ das Aufgabengebiet „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ mit 6 zusätzlichen Streetworkstellen ab dem 01.03.2017 dauerhaft auszubauen.

Von den sechs zusätzlichen Stellen für Streetwork werden vier Stellen, ausgewiesen nach Sozialarbeiter/-in / -pädagoge/-in, Entgeltgruppe S11b TVöD, direkt beim Amt für Kinder Jugend und Familie angebunden. Für die Einrichtung von zwei weiteren Stellen erhält die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. auf der Grundlage ihres Antrages vom 11.08.2016 einen Zuschuss.

Es stehen Mittel in Höhe von 400.000 Euro für die Maßnahme „Bedarfsgerechter Ausbau Streetwork, 6 Stellen“ im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 und in der mittelfristigen Finanzplanung im Teilplan 0606 (Hilfe für junge Menschen und ihre Familien), Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung- vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017. Für die Zeit vom 01.03.2017 bis 31.12.2017 werden für die Maßnahme 339.397 Euro benötigt. Ab dem Haushaltsjahr 2018 ff sind 407.276 Euro erforderlich. Die noch fehlenden 7.276 Euro sind im Rahmen der Haushaltsplananmeldungen 2018 ff entsprechend zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

**10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das
Wirtschaftsjahr 2015 der Beihilfekasse
3030/2016**

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2015 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresfehlbetrag 2015 ist von der Stadt Köln auszugleichen. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit noch bestehenden Überschüssen der Beihilfekasse aus Vorjahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

**10.15 Verteilung der Verstärkungsmittel für die Institutionelle Förderung der
freien Kunstszene ab dem Haushaltsjahr 2017
3379/2016**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017- im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, die Erhöhung der Institutionellen Förderungen in den Sparten Bildende Kunst, Musik, Theater, Tanz, Popkultur und Filmkultur in Höhe von insgesamt 270.500 Euro ab dem Haushaltsjahr 2017 und 295.500 Euro ab dem Haushaltsjahr 2018ff. Die Erhöhung der Institutionellen Förderungen für die einzelnen Zuschussnehmer im Verlauf der Haushaltsjahre 2016 und 2017 ist der Anlage zu entnehmen.

Sofern für die in der Anlage genannten Förderungen eine Befristung des Förderzeitraums beschlossen wurde, bleibt diese von der Erhöhung der Fördersumme unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

Anmerkung:

Ratsmitglied Dr. Elster nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

**10.16 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Mobilitätshilfe, eine Leistung gemäß §§ 53, 54 SGB XII für Menschen mit Behinderungen und einem aG im Schwerbehindertenausweis, mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016/2017 wie folgt zu erhöhen:

- Anhebung der monatlichen Pauschale von 30 € auf 35 €
- Anhebung des monatlichen Budgets für Taxifahrten von 150 € auf 200 €
- Anhebung des monatlichen Budgets für Spezialfahrzeuge von 200 € auf 250 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.17 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln hier: Urbacher Weg, 51145 Köln 0305/2016

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise mit einer Betriebsdauer von fünf Jahren erbauten Objektes Urbacher Weg, 51145 Köln, in Höhe von insgesamt 1.753.000 € zur Kenntnis.

Zur Finanzierung der Mehrkosten wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-7-5169 - Urbacher Weg, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.592.032 € veranschlagt. Für die Deckung der restlichen Mittel in Höhe von 160.968 € stehen im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999 - Flüchtlings-WH, zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5169 - Urbacher Weg, bereitgestellt.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung in Höhe von 51.129 € sind im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14 - Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln).

**10.18 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.19 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler)
2352/2016**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise mit einer vorgesehenen Nutzung von fünf Jahren erbauten Objektes Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler), in Höhe von insgesamt 2.250.000 € zur Kenntnis.

Für den Mehrbedarf an investiven Auszahlungsermächtigungen wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 09, Auszahlung und Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5168, Systembau Auweilerstr., investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.400.000 € veranschlagt.

Die Deckung des verbleibenden Mehrbedarfs an investiven Auszahlungsermächtigungen i.H.v. 850.000 € wird im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des gleichen Teilfinanzplanes bereitgestellt. Die Mittel werden von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, zur Finanzstelle 5620-1004-6-5168, Systembau Auweilerstr., umgeschichtet.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung i.H.v. 112.500 € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Die Vorgaben des § 82 GO NRW wurden berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln).

**10.20 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum
31.12.2014
3278/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

- Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2014 wird festgestellt.
- Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.
- Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 249.539.673,71 € wird durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
- Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel abzubauen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.21 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge 2395/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt im Rahmen der Gefahrenabwehr die Sanierung bzw. den Umbau, sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen, des Objektes am Standort Blaubach 9, 50676 Köln, zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 4.327.828,29 € wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-1-5171, Sanierung Blaubach 9, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.200.000,00 € veranschlagt.

Für die Deckung der restlichen Mittel stehen für das Haushaltsjahr 2016 im gleichen Teilfinanzplan bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 3.127.828,29 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5171, Sanierung Blaubach 9, bereitgestellt.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen zum Erwerb der Ausstattung wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-1004-0-0001 Beschaffung bewegliches Anlagevermögen, Mittel in Höhe von 63.549,57 € veranschlagt.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 2.000,00 € einge-

plant. Für das Haushaltsjahr 2017 wurden im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in den Teilplanzeilen

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von	217.016,48 €
14 – Bilanzielle Abschreibungen	57.275,33 €
16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von	31.949,09 €

insgesamt 306.240,90 € veranschlagt.

Die jährlichen Folgeaufwendungen müssen im Haushaltsplan 2018 berücksichtigt werden (siehe Kostenübersicht).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in die Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2016 verwiesen.

10.22 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss 3114/2016

**Änderungsantrag (Anregung) AK 2 - Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren
und bürgerschaftliches Engagement (Vorsitzender und Mitglieder des In-
tegrationsrates)
AN/1774/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/1885/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1910/2016**

Beschluss über den von Frau Oberbürgermeisterin Reker formulierten gemein- samen Änderungsantrag:

1. Die Beschlussvorlage wird heute mit den Standorten unter
 - a. Auf dem städtischen Grundstück Lindweiler Weg, 50739 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123
 - c. Auf dem städtischen Grundstück Erbacher Weg, 50767 Köln-Lindweiler, Gemarkung Longerich, Flur 22, Flurstück 300, 299
 - f. Auf dem städtischen Grundstück Antoniusstraße/Auf dem Hühnerweg, 51147 Köln-Urbach, Gemarkung Urbach, Flur 4, Flurstück 489
 - g. Auf dem städtischen Grundstück Schlagbaumsweg/Ostmerheimer Str., 51067 Köln-Holweide, Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Merheim, Flur 13, 17, Flurstück a2016, 1244, 1245, 1243, a528, a522
 - h. Auf dem städtischen Grundstück Haferkamp, 51061 Köln-Flittard, Gemarkung Stammheim-Flittard, Flur 41, Flurstück 6024

beschlossen. Die Art der Bebauung auf diesen Grundstücken bleibt jedoch offen.

2. Die Sozialverwaltung lädt in der nächsten Woche zu einem Fachgespräch mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern und den Fraktionsgeschäftsführungen ein, an dem auch das Bauaufsichtsamt teilnehmen soll. In diesem Gespräch soll vorgestellt werden, ob und in welcher Geschossigkeit auf den beschlossenen Grundstücken eine Holzbauweise realisiert werden kann.
3. Die Entscheidung über die Bauweise auf allen – den beschlossenen und noch zu prüfenden – Grundstücken soll in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2016, und falls dies nicht möglich ist, in der nächsten Sitzung des Rates am 20.12.2016, getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer 1:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

Zu Ziffer 2:

Einstimmig **zugestimmt**.

Zu Ziffer 3:

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung:

Die Sitzung wurde vor der Abstimmung für 10 Minuten für Abstimmungsgespräche unterbrochen. Die ursprünglichen Änderungsanträge haben sich durch den gemeinsamen Änderungsantrag erledigt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist klarstellend darauf hin, dass im Rahmen des Beschlusses zu Ziffer 3 auch die Alternativstandorte aus dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geprüft werden, die Ergebnisse möglichst bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2016, ansonsten bis zur Sitzung des Rates am 20.12.2016 mitgeteilt und dann zugleich darüber beschlossen werden soll.

Ratsmitglied Börschel gibt zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion mit der Prüfung der Alternativstandorte nicht einverstanden ist.

10.23 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2016 3283/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2016 zur Förderung von Interkulturellen Zentren in Höhe von 440.000 € gemäß Anlage 2.

Die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen anteilig für diesen Zweck veranschlagte Aufwandsermächtigung in Höhe von 446.000 € setzt sich zusammen aus

- 396.000 € laufenden Mitteln aus der Förderung der Interkulturellen Zentren zuzüglich
- 50.000 € aus dem „Integrationsbudget“.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der Restmittel in Höhe von 6.000 € - auf der Grundlage einer vertieften Prüfung vorliegender Förderanträge - für die nächsten Sitzungen des Integrationsrates und des Ausschusses Soziales und Senioren neu anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, zur Förderung oder Anschubfinanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.24 Einrichtung von sieben Mehrstellen und eines Stellenpools für die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen der Bühnen Köln bei 46/8 - Technische Betriebsleitung evtl. noch benötigten Fachkräfte, jeweils befristet für die Dauer der Sanierungsmaßnahmen
3070/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Einrichtung von sieben befristeten Mehrstellen (vier Stellen für technische Angestellte, eine Stelle StVR, BGr, A13, LGr. 2, 2. Einstiegsamt nach dem LBesG NW und zwei Stellen für Beschäftigte nach NV Bühne) sowie eines befristeten Stellenpools von insgesamt sieben Stellen (drei Stellen für technische Angestellte und vier Stellen für Verwaltungskräfte), jeweils für die Dauer des verlängerten Interims / der Sanierungsmaßnahmen der Bühnen Köln zu, zunächst befristet bis 31.12.2019.

Die Einrichtung dieser Stellen erfolgt zum Stellenplan 2018. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 werden verwaltungsinterne Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Eine Besetzung der Stellen kann im Vorgriff auf den Stellenplan 2018 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** gegen die Stimmen der AfD-Fraktion.

**10.25 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen
3218/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1900/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1901/2016**

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Die Beschlussvorlage wird ersetzt durch:

1. Bis zur Dezembersitzung 2016 ist dem Rat darzustellen, welche finanziellen Auswirkungen ab dem Tag der Übernahme die jeweiligen Budgetüberschreitungen auf den Gesamthaushalt, die mittelfristige Finanzplanung, den Kulturhaushalt und den Betriebskostenzuschuss künftiger Haushaltsperioden haben werden.
2. Dies unter Berücksichtigung der mit der Fremdfinanzierung kongruenten Abschreibung über die verschiedenen zu Grunde liegenden Abschreibungszeiträume von 40; 30; 20 und 10 Jahren.
3. Eine Gegenfinanzierung durch Kürzungen bei der Kultur (z.B. Freie Szene), im Sozialbereich und im Bereich Jugend und Bildung wird ausgeschlossen.
4. Die ersetzten Beschlusspunkte sind dem Rat nach Umsetzung des Punktes 1 erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Enthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

5. Das Budget für die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz wird auf den aktuell festgestellten Kostenstand in Höhe von 361,43 Mio. Euro angehoben. Hierin sind gemäß aktuellem Monatsbericht offene und noch nicht verhandelte Nachträge und Forderungen sowie Rückstellungen für vorhersehbare Kosten für Honorare und neue Vergaben berücksichtigt.
6. Weitere Budgeterhöhungen bedürfen – wie bei anderen städtischen Bauprojekten auch - der vorherigen Beschlussfassung der zuständigen Gremien auf Grundlage einer konkreten Kostendarstellung.
Zur Verfahrensbeschleunigung können Entscheidungen auch im Wege von Dringlichkeitsentscheidungen herbeigeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

III. Beschluss über die Ursprungsvorlage:

1. Der Rat beschließt, dass die Bühnen zur Fortführung des Bauvorhabens Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget von 347,8 Mio. € brutto überschreiten. Hierbei wird das Budget auf zunächst 404 Mio. € brutto begrenzt.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das endgültig zu kalkulierende Budget nach weitgehender Heilung der Planung im zweiten Quartal 2017 benannt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und die Gruppe Piraten **zugestimmt**.

Anmerkung:

Unterbrechung der Sitzung von 22:32 bis 22:37 Uhr. Gedenkminute für das heute verstorbene Ratsmitglied Birgit Gordes.

**10.26 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke
3285/2016**

Beschluss:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln stimmt der Durchführung der Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke bei Gesamtkosten in Höhe von rund 4.944.200 EUR (brutto) zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
- 2.) Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Erneuerung der Fahrbahndecke auf der Strombrücke und LOS B der Zoobrücke eine außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von rund 3.538.100 EUR (brutto) im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, in der Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen –, bei der zu bildenden Finanzstelle 6901-1202-0-0220, Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke im Haushaltsjahr 2017. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310 Grunderneuerung Mülheimer Brücke, Haushaltsjahr 2017.

Die Maßnahme verstößt nicht gegen die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.27 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung 2317/2016

Beschluss:

Der Rat nimmt eine Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Regionale 2010 Umgestaltung Ottoplatz“, in Köln-Deutz über insgesamt 962.000 € zur Kenntnis. Der im Rahmen des Teilplans 1201 -Straßen, Wege, Plätze- zu finanzierende Anteil an den Gesamtkosten beträgt nunmehr 7.165.000 € statt bisher 6.203.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der
Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so-
wie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebüh-
rensatzung
3418/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zu-
rückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.29 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zu-
rückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

**10.30 Butzweilerhof GmbH & Co. KG, hier: Übertragung von Geschäftsanteilen
der msk-colonia Projektentwicklungsgesellschaft mbH auf die modernes
köln Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH
3208/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt, vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln, der Übertragung eines Geschäftsanteils in Höhe von 29 % an der msk-colonia Projektentwicklungsgesellschaft mbH von der Butzweilerhof Grundbesitz GmbH & Co. KG auf die modernes köln Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH nach dem Entwurf des Kauf- und Abtretungsvertrages (siehe Anlage) zu.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- 10.31 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV P+R-Palette im Zuge der 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn**
hier: Erweiterter Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV des Hj. 2016 bei der Finanzstelle 6902-1202-2-5102, P&R-Anlage im Zuge der N/S-Stadtbahn 3. BA
2384/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

- 10.32 Eingruppierung des Beigeordneten Dr. Stephan Keller**
hier: Korrektur des Ratsbeschlusses vom 22.09.2016
3643/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt - in Abänderung seines Beschlusses vom 22.09.2016 (TOP A, III. Beschluss zu Ziffer 3. der Beschlussvorlage 2585/2016), Herrn Dr. Stephan Keller ein Amt der Besoldungsgruppe B 8 Landesbesoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- 10.33 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)**
Wirtschaftsplan 2017
3419/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgezogen** (siehe hierzu auch Ziffer II – Seite 4).

- 10.34 Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo e.V., hier: Vertragsunterzeichnung Projekt "Reorganisation der Abfallwirtschaft in Corinto und El Realejo"**
3310/2016

Beschluss:

Frau Oberbürgermeisterin Reker wird beauftragt, den Projektvertrag zwischen der Stadt Köln und der Engagement Global gGmbH zum Projekt „Reorganisation der Abfallwirtschaft von Corinto und El Realejo“ zu unterschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

- 11.1 212. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld**
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof Ehrenfeld in Köln-Ehrenfeld
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
3110/2016

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass während der Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zur 212. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) – Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof Ehrenfeld in Köln-Ehrenfeld– keine FNP-relevanten Stellungnahmen eingegangen sind (Anlage 6);
2. stellt die 212. FNP-Änderung —Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof Ehrenfeld in Köln-Ehrenfeld— mit der gemäß § 5 Absatz 5 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03**
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal3260/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 62430/03 für das Gebiet südlich und westlich des Krankenhauskomplexes St. Elisabeth - Hohenlind, nördlich der Wohnbaugrundstücke Am Mönchshof 9, Am Schloßgarten 7 und 8, Am Platzhof 5 und 6, An der Mühle 6, 8 und 9, westlich der Wohnbaugrundstücke Am Platzhof 7 und 9 sowie Bachemer Straße 34, nördlich der Bachemer Straße, östlich des Militärringes und südlich der Werthmannstraße in Köln-Lindenthal —Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 62430/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 66380/02 Arbeitstitel: Kapellenstraße in Köln-Rondorf 2904/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66380/02 für das Gebiet Kapellenstraße/Husarenstraße in Köln-Rondorf —Arbeitstitel: Kapellenstraße in Köln-Rondorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 und 3;
2. den Bebauungsplan 66380/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini- enplänen

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8109 - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Rudolfplatz in Köln-Altstadt/Süd und -Neustadt/Süd 3100/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zu der Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8109 für das Gebiet Rudolfplatz, Pilgrimstraße, Habsburgerring —Arbeitstitel: Rudolfplatz in Köln-Altstadt/Süd und -Neustadt/Süd— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8109 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung gel-

tenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke..

**13.2 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6650 Sd/03 (67500/03)
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl
3197/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zu der Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6650 Sd/03 (67500/03) für das Gebiet östlich der Sebastianstraße, nördlich der Erlenhofstraße, westlich des Grundstücks mit der Flurstücksnummer 3367 und südlich der Grundstücke mit den Flurstücksnummern 3072 und 3070 in Köln-Niehl —Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6650 Sd/03 (67500/03) nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

**16.1 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2574/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17 Wahlen**17.1 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Umbesetzung des Wirtschaftsausschusses
AN/1658/2016**

Herr Viktor Heese wird für Herrn Sven Tritschler als Mitglied des Wirtschaftsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung:

Oberbürgermeisterin Reker nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.2 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
hier: Ernennung von Beiratsmitgliedern für den Veedelsbeirat Lindweiler
3011/2016****Beschluss:**

Der Rat ernennt die nachfolgenden Personen zu Beiratsmitgliedern des Veedelsbeirates Lindweiler.

<u>Institution</u>	<u>Name Mitglied</u>
Gemeinschaftsgrundschule	Vera Dreßen
Förderschule	Ursula Kellermann

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung
hier: Mitglied für den Jugendhilfeausschuss
AN/1784/2016**

**Stellungnahme der Verwaltung
3858/2016**

Der Antrag wurde vom Antragsteller **zurückgezogen**.

**17.4 Neubesetzung von Aufsichtsräten
hier: Aufsichtsrat der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH
3523/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet, anstelle von Frau Johanna Preßmar-Cuber, Herrn Dr. Harald Rau (gem. § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihr vorgeschlagene(n) Bediensteten) als Mitglied in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.5 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3019/2016**

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit

Frau Dr. Gabriela Weber

anstelle des bisherigen Hauptmitgliedes Frau Sabrina Nüchter (ehemals Sabrina Reichler) als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt hat. Frau Dr. Uta Becher verbleibt in der Position der persönlichen Vertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neubesetzung der ausländerrechtlichen Beratungskommission
AN/1832/2016**

Beschluss:

Der Rat wählt anstelle von Herrn Franz Dillmann

Herrn Firat Yurtsever

als Mitglied in die kommunale ausländerrechtliche Beratungskommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.7 Neubesetzung von Aufsichtsräten

**hier: Mitglied in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
2701/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet, anstelle von Frau Oberbürgermeisterin Reker, Herrn Dr. Rau (gem. § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Beamten/in oder Angestellten/in) als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.8 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)
3545/2016**

Beschluss:

Der Rat entsendet Herrn Dr. Harald Rau anstelle von Frau Bettina Baum in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) gem. § 113 Abs. 2 GO NRW für die Oberbürgermeisterin, bzw. einen von ihr vorgeschlagenen Bediensteten.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Maria Lange
Schriftführerin